

Projekt Teilhabeplan für die Stadt Brandenburg an der Havel

AG 1 Barrierefreiheit – Mobilität – Wohnen - Wohnumfeld

Protokoll der Sitzung vom 09.02.2015

Beginn: 18 Uhr **Ende:** gegen 20 Uhr

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Werner Jumpertz (Vorsitzender)

Detlef Reckow (Stellvertreter)

Axel Brösicke

Sven Carus

Stephan Falk

Denis Harms

Michael Heise

Judith Horn

Heiko Horst-Müchler

Silvana Jasiulek

Herbert Liebenow

Norbert Meyne

Rolf Nothnagel

Gabriela Philipp-Plagemann

Maik Poller

Madeleine Radüge

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

Herr Jumpertz begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2: Organisatorisches

Er betont die Notwendigkeit, einige Regeln für die Arbeit der Arbeitsgruppe aufzustellen. Als Zeitrahmen einer Sitzung werden maximal zwei Stunden angesetzt. Die Verteilung der Unterlagen in elektronischer Form wird begrüßt.

Als besonders wichtig erachtet er es, im Rahmen des Projektes gute Beispiele aus anderen Kommunen zu nutzen.

Herr Reckow weist auf das Behindertenpolitische Maßnahmenpakete für das Land Brandenburg hin, welches auch über die Stadtseite abrufbar ist. Im Hinblick auf die Nutzung von Fördermitteln für die Umsetzung von Maßnahmen des städtischen Teilhabeplans bietet es sich an, sich bei dessen Erarbeitung an den Aussagen des Maßnahmenpaketes zu orientieren.

Er übergibt ein kurzes Handout und stellt die Kernaussagen zu den Handlungsfeldern 3 (inklusive Sozialraum und Wohnen) und 4 (Barrierefreiheit, Mobilität, Kommunikation, Information) des Maßnahmenpakets dar. Es besteht Einigkeit, dass die AG 1 sich auch mit den Feldern „Kommunikation“ und „Information“ beschäftigen solle.

Es wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich auch mit den Aussagen der UN – Behindertenkonvention zu befassen. Auch solle man den Teilhabeplan Potsdam anschauen. Ggf. kann man den Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt kontaktieren und um eine Darstellung der gesammelten Erfahrungen bitten.

Die vorhandene Datenbasis wird als dürftig eingeschätzt. Der Sozialatlas ist für unser Thema wenig aussagekräftig.

Herr Meyne weist darauf hin, dass die Aussagen zur Zahl der Behinderten in der Stadt zum Teil unterschiedlich oder auch falsch seien.

Es wird vorgeschlagen, zunächst eine Erhebung empirischer Daten durchführen zu lassen und auch zu ermitteln, welche Einrichtungen und Angebote in der Stadt bereits vorhanden sind.

Frau Phillip-Plagemann verweist auf die in der Auftaktveranstaltung verteilten Unterlagen und insbesondere die CD, welche auch Datenmaterial enthalte. Sie sendet das Material an Herrn Reckow, der Möglichkeiten suchen wird, das Material an alle AG- Mitglieder zu verteilen.

TOP 3: Diskussion zu in unserer Stadt bestehenden Stärken und Schwächen im Bereich der Themenfelder der AG 1 (Impulsdiskussion)

Zunächst wird die nur eingeschränkte Barrierefreiheit des städtischen Internetauftritts angesprochen. Hier solle man sich am Beispiel Potsdam orientieren.

Zum Internet- Auftritt der Wohnungsunternehmen erklärt Herr Falk, dass man auf Rückäußerungen der Betroffenen angewiesen und gerne bereit sei, hier Verbesserungen vorzunehmen. Er regt zudem an, sich in der nächsten Sitzung in einem TOP mit den Aktivitäten, aber auch mit den Problemen der Wohnungsunternehmen zu befassen, die Anforderungen von Behinderten in ihren Beständen umzusetzen. Vollumfänglich sei dies nur im Neubau und nur eingeschränkt im denkmalgeschützten Altbau möglich.

Herr Liebenow bemängelt die akustische Fahrgastinformation der Verkehrsbetriebe für Sehbehinderte, welche die Spruchbänder häufig nicht lesen könnten.

Frau Jasiulek betont, dass tausend Kleinigkeiten zu bemängeln seien. So müssten z.B. Hinweisschilder für unterschiedliche Nutzergruppen auch unterschiedlich ausgestaltet sein. Auch fehlten etwa Haltegriffe, die es ermöglichen, an Querungsstellen Bordsteine zu überwinden. Sie betont die Notwendigkeit eines Begleitservices.

Herr Carus erwähnt, dass man hinsichtlich der Ausgestaltung von Querungsstellen sehr stark vom Erfahrungsaustausch mit dem Behindertenbeirat in Berlin profitiert habe und die dort gesammelten Erfahrungen auch hier nutzen könne.

Herr Falk spricht das Problem des Abstellplatzes für Rollatoren an.

Herr Harms sieht die Notwendigkeit, eine Bedarfsanforderung für nachts ausgeschaltete Ampeln (insbesondere etwa am Hauptbahnhof) einzurichten, die es auch zu dieser Zeit ermöglicht, gefahrlos die Straße zu überqueren.

Herr Brösicke betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Sportvereinen. Hier müsse die Sensibilität für das Thema verbessert werden. Auch fehlten Ansprechpartner in den Vereinen. Herr Jümpertz wird den Ansatz, Übungsleiterschulungen dazu durchzuführen, mit in die Vereine tragen.

Herr Horst-Müchler möchte wissen, wie der Begleitdienst frequentiert war.

Herr Heise spricht die bei Rollstuhlfahrern bestehende Unsicherheit darüber an, was diese im Verkehrsraum (Fuß- und Radwegbereich) dürfen und was nicht. Hier sollten Schulungen durchgeführt werden.

Herr Nothnagel erwähnt in diesem Zusammenhang, dass die VBB am 05.05. jeden Jahres mit einem Info-Bus den Ein- und Ausstieg mit Rollstuhlfahrern üben.

Frau Radüge kritisiert, dass die Busfahrer in der Regel nicht abwarten, bis die behinderten Fahrgäste Platz genommen hätten. Für Bustransporte außerhalb des ÖPNV seien keine behindertengerechte Busparkplätze an den häufigsten Zielorten vorhanden. Nur für PKW.

Herr Carus betont, dass ein Bus nur dann wirklich behindertengerecht sei, wenn der Fahrer sich auch so verhalte.

Herr Notnagel nimmt die Fahrer der VBBR insoweit in Schutz. Dass etwa die Absenkung der Busse erfolge, könne er schon am entsprechenden Verschleiß der Reifen ablesen.

Herr Jumpertz spricht in diesem Zusammenhang die Problematik des Neustädtischen Marktes/ Katharienenkirche an, wo die Auflagen des Denkmalschutzes einen behindertengerechten Ausbau verhinderten.

Herr Liebenow fragt, wann der geplante Ausbau der Haltestelle Fachhochschule/ Magdeburger Straße erfolge.

Herr Reckow antwortet, dass er in 2015 nach gegenwärtigem Stand nicht vorgesehen sei.

TOP 4: Grobentwurf eines Themen- bzw. Arbeitsplans

Die Anwesenden verständigen sich zunächst darauf, dass es in der nächsten Sitzung zwei TOP's geben soll mit einer Darstellung der Situation aus Sicht einmal der Wohnungsunternehmen und einmal der VBBR. Nach jeweils einem Vortrag (15 Minuten) soll eine Diskussion (ca. 45 Minuten) folgen.

TOP 5: Fundgrube

Hier weist Herr Reckow nochmals auf das benannte Maßnahmenpaket des Landes hin.

TOP 6: Terminabsprache

Als nächster Sitzungstermin wird der 09.03.2015 abgestimmt.

TOP 7: Sonstiges

gibt es nicht

TOP 8: Schluss der Sitzung

Herr Jumpertz bedankt sich für die rege Diskussion und schließt die Sitzung gegen 20 Uhr.

Brandenburg an der Havel, 16.02.2015

Protokollant:

Detlef Reckow